

**Gemeinsam sind wir stärker?**  
**Harmonisierung des Kampfes gegen Betrug und Korruption in**  
**Europa**

**Vorbeugung und Ermittlung im Fall von Betrug und Korruption:**  
**Die Perspektive Schwedens**

*Herr Kazimir Åberg*  
*Köln, 25.-26. Februar 2008*

Ich möchte Ihnen berichten, wie wir in Schweden die Vorbeugung und Ermittlung von Betrug und Korruption in Verbindung mit EU-Geldern organisieren. Zunächst möchte ich dazu Folgendes erwähnen: Vom gemeinschaftlichen Standpunkt her betrachtet, ist die Vermeidung eines Verbrechens, dort wo dies möglich ist, immer besser als repressive Maßnahmen dagegen. Sobald kriminalpolizeiliche Ermittlungen unternommen werden müssen, bedeutet dies, dass die Gemeinschaft in gewisser Hinsicht schon versagt hat.

Mein Vortrag ist in zwei Kapitel gegliedert: Betrug und Korruption. Jedes Thema ist wiederum in die Bereich Vorbeugung und kriminalpolizeiliche Ermittlungen unterteilt.

Gegen Ende des Jahres 1994 hat die Schwedische Regierung dem Parlament ein Entwurfsdokument mit den Auswirkungen eines möglichen EU-Beitritts auf den Haushalt vorgelegt. Das Parlament verabschiedete diesen Entwurf im Dezember 1994. Das Dokument enthielt den Beschluss der Regierung, unter der Aufsicht des Finanzministeriums einen Sonderausschuss einzurichten. Dieser Ausschuss erhielt den Namen „Schwedischer EU-Betrugsbekämpfungsausschuss“. Er hatte den Auftrag, die nationalen Bemühungen im Kampf gegen Betrug und Unregelmäßigkeiten in Verbindung mit dem EU-Haushalt zu koordinieren und zu überwachen. Der Ausschuss wurde im April 1996 eingerichtet und unterstützte Maßnahmen gegen Betrug, Veruntreuung und andere unregelmäßige und ineffiziente Handhabung und Verwendung von EU-Geldern in Schweden. Mitglieder in diesem Ausschuss waren die für den Umgang mit EU-Geldern (Einnahmen und Ausgaben) zuständigen Behörden, die betroffenen Ministerien, das Nationale Prüfamts Schwedens, die Nationale Steuerverwaltung, die Polizei und die Gerichtsbehörden Schwedens.

Im März 2001 übernahm der kurz davor gebildete EU-Betrugsbekämpfungsrat innerhalb des Schwedischen Amts für Wirtschaftsverbrechen die Aufgabenbereiche des Ausschusses. Dieses (im Januar 1998 eingerichtete) Amt

ist eine Behörde mit Anklagebefugnissen, in der Staatsanwälte, Polizeibeamte, Finanzermittler und andere Experten im Teamverbund arbeiten.

Dieses Amt ist die Kontaktbehörde für die Betrugsbekämpfungsbehörde der EU (OLAF).

Die im Rahmen dieses Rats geleistete Arbeit ist hauptsächlich präventiver Natur.

Ich möchte nun die Organisationsweise kriminalbehördlicher Ermittlungen im Falle von Betrug mit EU-Geldern schildern. Solche Fälle werden innerhalb einer der Anklagekammern des Amts für Wirtschaftskriminalität behandelt. Gemäß Verordnung untersucht dieses Amt Fälle von Betrug, betrügerischem Verhalten und grobem Betrug, insofern diese die finanziellen Interessen der EU betreffen, sowie auch Subventionsbetrug.

Die Vorfälle müssen dem Amt gemeldet werden, sobald ein Verdacht besteht, dass es sich um Betrug mit Auswirkungen auf die finanziellen Interessen der EU handelt. Der Verdacht muss ungeachtet des finanziellen Ausmaßes gemeldet werden. Im Gegensatz zum Bericht, der jedes Quartal an die Europäische Kommission zu senden ist, gibt es hier keine niedrigere Schwelle für die Meldung von Betrugsfällen. Darüber hinaus können Verwaltungsstrafen unabhängig von der Meldung potenzieller Verbrechen verhängt werden.

Ich möchte im zweiten Teil meines Beitrags nun das Thema Korruption behandeln.

Korruption verarmt nationale Wirtschaftssysteme und unterminiert demokratische Institutionen und die Rechtsstaatlichkeit. Sie hat auch negative Folgen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und deren Fortschritt. Die Bekämpfung von Korruption stellt eine der Hauptaufgabenbereiche der Zukunft dar. Schweden misst der Vorbeugung und Bekämpfung von Korruption auf allen Ebenen besondere Bedeutung bei.

Effektive Antikorruptionsstrategien auf nationaler und internationaler Ebene verlangen einen multidisziplinären Ansatz und Maßnahmen sowohl auf dem Gebiet der Prävention wie in der Gesetzesvollstreckung.

Es muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass Offenheit der größte Feind der Korruption ist. Die Tatsache, dass Schweden zu den am wenigsten korrupten Ländern der Welt zählt, kann zum großen Teil unserer Gesetzgebung zugeschrieben werden, die offenen Zugang zu den Tätigkeiten der Behörden gewährt. Dieses Gesetz basiert auf dem Grundsatz des Freien Zugangs der Öffentlichkeit zu Offiziellen Aufzeichnungen. Die Medien und die Bürger können auf dieser Grundlage unmittelbare und eingehende Einsicht in die Arbeiten der Behörden nehmen. Dies ist im Kampf gegen die Korruption ein wichtiges Element.

Auch freie und unabhängige Medien sind eine wesentliche Voraussetzung im Kampf gegen Korruption. Wenn die Medien die Behörden und Unternehmen nicht überwachen können, bleibt die Korruptionsbekämpfung erfolglos.

Das Aufdecken und die Untersuchung von Korruptionsfällen sind besonders schwierig, da solches verbrecherische Verhalten von einem Deckmantel des Schweigens umgeben ist. Weder der Bestechungsgeber noch der Bestechungsnehmer haben ein Interesse daran, Informationen darüber preiszugeben. Diese Tatsache stellt die Ermittler und ihre Ermittlungsmethoden vor besondere Herausforderungen.

Spezialisierung ist eine gute Art und Weise, den Kampf gegen die Korruption zu stärken. In Schweden ist innerhalb der Staatsanwaltschaft eine Sondereinheit für Korruptionsbekämpfung eingerichtet worden. Diese Einheit setzt sich aus Anklägern, Prüfern und Wirtschaftsexperten zusammen. Die Ankläger haben langjährige Erfahrung mit kriminalbehördlichen Ermittlungen von Finanzverbrechen und Wirtschaftskriminalität und sind auch auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit versiert. Die Einheit konzentriert sich nicht nur darauf, Verbrechen zu identifizieren und zu untersuchen, sondern auch ihnen vorzubeugen. Die Einheit hat ein nationales Anti-Korruptionsnetzwerk eingerichtet, an dem zahlreiche Behörden und Dienststellen beteiligt sind.

Schließlich ist auch die internationale Zusammenarbeit äußerst wichtig im Kampf gegen Betrug in Verbindung mit EU-Geldern und Korruption. Jeder Staat sollte sofortige und effiziente Rechtshilfe in Fällen, die natürliche und juristische Personen betreffen, leisten. Ferner ist es wichtig, dass die Zusammenarbeit nicht durch schwerfällige Formalitäten behindert wird.